

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 15 (1935-1936)
Heft: 7

Artikel: Zur Aktion der Partei
Autor: Reinhard, Ernst
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-332451>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 21.12.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ROTE REVUE

SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

15. JAHRGANG -- MÄRZ 1936 -- HEFT 7

Zur Aktion der Partei

Von Ernst Reinhard.

Die Tätigkeit der Sozialdemokratischen Partei wird bestimmt durch die objektiven Verhältnisse und durch ihren eigenen Willen, diese Verhältnisse nach ihrem sozialistischen Glauben und mit ihren demokratischen Methoden zu verändern. Es ist keine Aktion möglich, ohne daß die gesellschaftlichen Verhältnisse sie riefen; es ist aber auch keine Aktion haltbar, wenn nicht der Wille der Partei imstande ist, die Anfangsschwierigkeiten zu überwinden. Die SPS. hat in den letzten Jahren ihren Mann gestanden; aber es darf nicht verkannt werden: Sie hat keinesfalls auch nur ähnlich schwere Aufgaben zu meistern gehabt, wie die vielfach angefochtenen Parteien des Auslandes. Weder ist die wirtschaftliche und politische Krise des Landes so groß, wie sie in Deutschland war, noch hat die Partei sich vor gewaltige außenpolitische Aufgaben gestellt gesehen, wie etwa die französische oder die englische. Die Partei hat Mut bewiesen, das ist ganz unzweifelhaft; sie hat mehr Mut gezeigt als andere Parteien; aber die fehlende Größe der Probleme und die weniger unmittelbare Gefahr haben sie doch nicht widerstandsfähig genug gemacht. Sie läßt sich durch Niederlagen leicht beeinflussen; fehlende politische Erfolge rauben ihr schon den Mut; kleine Schwierigkeiten werden aus Hindernissen zu unübersteigbaren Bergen. Viel zu sehr braucht die Partei in jedem Augenblick die Stütze anderer; heute ist es der Gewerkschaftsbund, morgen die Einheitsfront, übermorgen die Front der Arbeit, schließlich irgendeine Volksfront. Im Bedürfnis, aus der Partei eine Volksbewegung zu werden, vergißt sie, daß sie selbst Kern und Herz einer solchen Volksbewegung sein muß, daß es weniger auf die andern, als auf sie selbst ankommt; es fehlt ihr oft der Mut, sie selbst zu sein, die schweizerische und sozialdemokratische Partei. Selbst dort, wo scheinbar die lokalen Parteien sich unabhängig machen wollen, erkennt ein scharfes Auge die innere Verkrampftheit, herrührend aus der eigenen Unsicherheit. Kein Grund zum Fürchten um das Schicksal der Partei, geschweige denn zur Verzweiflung; gelegentliche Ausbrüche der Mutlosigkeit sind Einzelercheinungen, treffen nicht das Wesentliche der Partei, die innerlich gesund und von einer fast unwahrscheinlich anmutenden, ungebrochenen Le-

benskraft getragen ist. Die Partei ist noch sehr jugendlich; ihre Fehler sind die typischen Fehler der unsichern Jugendlichkeit. Wir reifen und altern spät.

Wir haben im Jahre 1935 keine Bataille gewonnen, aber wir haben auch keine verloren. Kriseninitiative und Nationalratswahlen waren keine Niederlagen; es waren doch keine durchschlagenden Erfolge. In der Demokratie reifen Erfolge langsam, selbst in Krisenzeiten behält die Demokratie ihren geruhsamen Gang; sie wirft sich nicht heroisch und theatralisch-hysterisch in die Brust, aber sie bleibt innerlich tapfer. Die Referendumsdemokratie vor allem schlägt sich um sachliche Probleme und kennt daher keine Stauungen, die schließlich in Wahlen zu Explosionen führen müssen; wenn wir wählen, wählen wir Personen und lassen die Sachprobleme stark zurücktreten, im Gefühl, daß wir dann immer noch da sind, wenn die Personen, die wir in das Parlament gewählt haben, die Sache schlecht machen sollten. Wir können den Willen einer neuen Mehrheit nur an Sachproblemen formen, das gilt es nie zu vergessen. Wenn eine Partei wirklich diesen neuen Willen formen will, dann muß sie immer und immer wieder vor dem Volke den Beweis leisten, daß sie zur Lösung der schwierigsten Fragen *bestimmte und sachliche Lösungen* vorzuschlagen hat; ist sie mit einer Lösung nicht durchgedrungen, bleibt aber das Problem offen, dann erwartet das Volk von ihr, daß es ihr ungescheut eine andere und bessere bringe, bis sie schließlich recht behalten habe. Eine Partei, die mit einer Lösung abgewiesen wurde, begeht einen Grundfehler, wenn sie verdrossen beiseite steht und sich sagt: So, nun mögen die andern sehen! Es nützt gar nichts, politisch in den Schmollwinkel zu treten und sich als uninteressiert zu erklären. Das Volk empfindet eine solche Partei als schlechte Dienerin und läßt sie prompt im Stich; wenn diese Partei die Treuhänderin der Arbeit ist, rächt sich das an der Arbeit selbst.

Wir sind in der Kriseninitiative nicht durchgedrungen; die Forderungen, die wir an ein schweizerisches Wirtschaftsprogramm stellten, sind vom Volke noch nicht gebilligt worden. Der Gegner hat acht Monate Zeit gehabt, sein eigenes Wirtschaftsprogramm zu entwickeln; er hat es nicht getan, wenn man den jämmerlichen Herrschaftsanspruch des Herrn Obrecht nicht als Wirtschaftsprogramm werten will. Die Krise hat sich unterdessen verschärft; wir zählen nahe an die 130,000 Arbeitslose, eine unerhörte Zahl, unter ihnen ist fast die Hälfte Bauarbeiter. Zur Exportkrise kommt nun die Krise der Inlandindustrien; es werden Gebiete von der Krankheit erfaßt, die noch gesund waren, als die Kriseninitiative beschlossen wurde. Das Problem ist nicht nur geblieben, es hat sich erweitert und vertieft — aber die durch das kapitalistische Bürgertum versprochene Lösung bleibt nach wie vor aus, und sie wird immer ausbleiben, wenn sich das Bürgertum nicht in faschistische Selbstmordformen flüchten kann. Die Frage im Volk lautet heute schon: Warum schweigt die Sozialdemokratie? Was hat sie zu sagen, wenn ihre Gegner nichts wissen und nichts können?

Das Finanzprogramm II ist beschlossen; es ist eine Verlegenheit,

keine Lösung. Sein einziger Vorteil ist, daß es nur während zwei Jahren Gültigkeit haben soll; das Problem der Sanierung der Bundesfinanzen und der Bundesbahnen bleibt nach wie vor offen. Das Volk erwartet nicht, daß wir ihm sagen, welche Lösung wir nicht wollen, sondern welche wir positiv vorschlagen.

Finanzreform ohne Wirtschaftsreform ist auf die Dauer unhaltbar. Die beiden Probleme sind innerlich verbunden; eine Finanzreform, welche die Bundesfinanzen ausgleicht, aber die Wirtschaft schädigt, ist keine Reform, nur eine Erpressung. Die Fraktion hat den Gedanken einer auf der Wirtschaftsreform aufgebauten Finanzreform vertreten. Zuwenig klar und zuwenig deutlich, der Gedanke blieb nicht haften. Die Wirtschaftsreform, die wir im Plan der Arbeit wollen, ist richtig; aber sie wurde zuwenig praktisch und lebensnah vorgetragen; es bleibt im Theoretischen und Allgemeinen stecken, was in dieser Not als unmittelbare Hilfe wirken sollte. Daß die Fraktion in der Einzelberatung darauf verzichtete, die Forderungen des Finanzprogramms von Luzern den bürgerlichen Postulaten gegenüberzusetzen, läßt sich nur aus der Angst erklären, ja keine leere Agitation zu machen. Man vergißt, daß kein Gedanke Volksgut wird, dem nicht die Agitation geholfen hat. In der Demokratie ist die Agitation die Geburtshelferin jedes großen Werkes.

Zur finanziellen und wirtschaftlichen Krise die außenpolitische. Das Volk verhält sich im Gustloffhandel großartig; es behandelt den Fall mit einer Noblesse, die erstaunlich ist. Es schämt sich. Schämt sich für seine Regierung, die durch ihr Gewährenlassen die Möglichkeit für dieses Attentat schuf, schämt sich für seine Regierung, die vor dem Parlament immer die Fiktion aufrechterhielt, es sei Gustloff ein Privatmann, und die dann, als er durch einen innerlich Unglücklichen ermordet wurde, den Fall behandelte, als ob Gustloff ein Gesandter Deutschlands gewesen sei, damit das unwürdige Spiel trieb, dem deutschen Gesandten und der Hitler-Regierung zuzublinzeln: Wir zwei haben ja schließlich schon gewußt, woran wir mit Gustloff waren.

Mit diesen Fragen bleibt aufs engste verbunden diejenige der Regierungsbildung. Wenn neue Lösungen nötig sind, braucht es auch neue Kräfte und neue Menschen in der Regierung. Das Problem der Regierungsbeteiligung stellt sich heute nicht so: Welche Konzessionen ist die Partei bereit zu machen, damit sie in die Regierung kommen kann? Sondern so lautet es: Welche Ideen und Vorschläge hat die Sozialdemokratische Partei zur Rettung des Landes und der Wirtschaft, damit sie in die Regierung kommen muß, weil das Land sie nötig hat?

Wir haben, wenn wir dem Volke deutlich sagen wollen, wie wir aus der Krise der Wirtschaft und der Staatsfinanzen hinauskommen wollen, knapp 15 Monate Zeit. Nachher wird die Regierung sich einfinden müssen, um den Volksentscheid über die Finanzreform dem Volke vorzulegen; dann diktiert sie die Marschroute, wir stehen in der Abwehr. Diese Abwehr wird sehr schwach sein, wenn wir uns nur auf die Negation stützen; sie wird innerlich stark sein, wenn wir dem Volke deutlich, unmißverständlich und lebensnah gezeigt haben,

wie wir es machen würden, wenn wir an der Macht säßen, wenn wir die Gedanken des Plans der Arbeit praktisch entwickeln. In der Demokratie aber läßt sich das nur zeigen durch die Initiative. Wer heute um einen Gedanken immer herumredet, der kommt in den Verdacht, es sei ihm nicht ernst mit der Sache; aber die Referendumsdemokratie verträgt auch nicht den Schimmer einer sachlichen Unehrlichkeit oder gar Schindluderei. So unerhört wichtig Agitation ist, weil sie den geistigen Nährboden für ein neues geistiges Wachstum schafft, so unsauber erscheint Agitation, die nicht zielbewußt auf die Aktion, auf die Probe im Ernst hinarbeitet.

Nun ist technisch das Instrument der Initiative schwerfällig. Es ist richtig, daß Initiativen im Augenblick ihrer Entscheidung durch das Volk eine ganz andere Situation vorfinden als im Augenblick ihres Entstehens; und da der Bundesrat und die eidgenössischen Räte durch das böswillige Verschleppen von rund einem Dutzend Initiativen dem Volke vordemonstrieren, wie man es auch um sein Initiativrecht beschummeln kann, so ist in breiten Volkskreisen eine wahre Unlust zur Initiativ-Aktion entstanden; es kommen sich daher viele sehr weise vor, wenn sie bei Initiativ-Aktionen zunächst überlegen den Kopf schütteln und klug von allen Schwierigkeiten, welche die arme Initiative auf ihren Lebensweg treffen werde, zu reden wissen. Aber in der Politik noch weniger als irgendwo sind Hindernisse da, um sich von ihnen abschrecken zu lassen; die Hindernis-Hysteriker sind auch hier die Unfruchtbaren; Hindernisse müssen überwunden werden, das ist alles. Es kann daher die allgemeine Einschätzung der Schwierigkeiten, auf die eine Initiative trifft, so wenig die Notwendigkeit einer neuen und besseren Kriseninitiative zudecken wie die besonderen Schwierigkeiten, an denen es gerade dieser Initiative bestimmt nicht fehlen wird.

Es fällt vor allem in Betracht, daß wir die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse, die dann herrschen werden, wenn unser eigenes Programm demjenigen des Bundesrates gegenübergestellt werden soll, wohl in den großen Zügen abschätzen und skizzieren, nicht aber bestimmt und klar fixieren können. So muß eben der Weg gefunden werden, das, was wir wollen, in der Initiative so zu sagen, daß es auf die Verhältnisse anwendbar bleibt, auch wenn sich Verschiedenes in den Einzelheiten ändern sollte. Das Problem, bei aller Präzision elastisch zu bleiben, bei aller Bestimmtheit sich nicht in Einzelheiten zu verlieren, ist lösbar. Die Voraussetzung ist, daß man sich sofort an die Arbeit mache und daß die Idee, die Finanzreform aufzubauen auf dem Gedanken der Wirtschaftsreform und der Wirtschaftsführung, nicht verlassen werde. Es wird auf diese Weise gelingen, unsere Ideen den von Bundesrat Obrecht vorgetragenen, katastrophalen Deflationsideen entgegensetzen. Die Partei sollte sich nicht allzu lange besinnen, sondern frisch zupackend eine neue Kriseninitiative mit der Initiative auf Finanzreform verbinden.

Es handelt sich hier um ein Stück wirtschaftlicher Landesverteidigung, das mit allem sachlichen Ernst angepackt werden muß. Es wäre

völlig verfehlt, wollten wir nicht auch auf das Problem der militärischen Landesverteidigung zu sprechen kommen. Wir haben uns in Luzern zu einer Landesverteidigung bekannt, aber zu einer Verteidigung, die nicht vom Generalstab und den Bisherigen, sondern von unserm eigenen Willen und unserer eigenen Einsicht abhängt. Wir haben aus dieser Einstellung heraus auch die Militärvorlage zurückgewiesen, weil sie uns Wesentliches nicht zu enthalten schien, anderes mißachtete. Hier wiederum sind wir in den Anfängen steckengeblieben. Wir haben erklärt: Jawohl, wir sind für die Landesverteidigung unter bestimmten Voraussetzungen. Wir haben weiter erklärt: Wir sind gegen die Art der militärischen Landesverteidigung, wie sie der Generalstab auffaßt. Aber wir haben bis dahin nicht erklärt, wie wir uns denn praktisch die Ausführung der Luzerner Beschlüsse denken, wie wir uns die Landesverteidigung selbst vorstellen. Die Folge ist Unklarheit und Unsicherheit, die jetzt gerade vermieden werden muß. Sonst verliert auch unsere Aktion gegen die schwächliche Außenpolitik Mottas an Wert. Wir dürfen im Volke nicht den Eindruck wecken, als würden wir ständig in Konflikte mit dem faschistischen Ausland drängen, aber dann davonlaufen, sobald die Konsequenzen zu tragen seien. Die Partei wird nicht darum herumkommen, die Luzerner Parteitagsbeschlüsse auch auszuführen und in der Militärfrage deutlich zu sagen, was sie eigentlich will. Die französische Partei hatte einst ihr Standardwerk: *La nouvelle armée*. Sie hat den Gedanken der jakobinischen Landesverteidigung konsequent weiter verfolgt. Wir haben noch die pazifistischen Eierschalen und glauben, es genüge mit dem Beschluß von Luzern. Aber er genügt nicht; nur eine klare und saubere Haltung, die keinen Zweifel darüber läßt, was wir im Gegensatz zum herrschenden System wollen, kann Genüge tun.

Das ist unerläßlich, wenn nicht jene Kapitulant-Philosophie sich durchsetzen soll, daß man die Landesverteidigung nur durchführen könne, indem man dem Generalstab vertraue und ihm die Mittel bewillige, die er als der berufene Fachberater vorschlage. Wir sind verpflichtet, deutlich zu zeigen, daß unsere Wege nicht die des Generalstabs sind, daß wir aber überzeugt sind, mit unseren Methoden die Schweiz besser sichern zu können als das herrschende System.

Die Voraussetzung freilich ist, daß wir das geistige Gut der Schweiz zu wahren wissen. Und da ist dasjenige, was sich nach dem Davoser Mord abgespielt hat, etwas geradezu Unerhörtes. Es hat keinen Burgfrieden gebraucht: plötzlich haben alle Parteien — von den frontistischen Reisläufern kann man ruhig absehen — gegenüber Deutschland und Hitler, aber was mehr ist, gegenüber dem Bundesrat, die Verteidigung der geistigen Grundlagen der Schweiz mit einer Entschiedenheit und Verve übernommen, daß es einfach ein katastrophaler Selbstbetrug wäre, wollten wir über diese Tatsache hinwegsehen und glauben, wir allein seien die Verteidiger jener Gedanken, welche die historische Sendung der Schweiz bedingen. Mit dieser Tatsache, daß in den breitesten Kreisen des Bürgertums der

Sinn für eigene Haltung und Würde nicht verlorengegangen ist, daß die Grundgedanken unserer staatlichen Existenz viel tiefer verwurzelt sind, als wir nach einer trüben Epoche der Nachhaffung einer antimarxistischen Hetze hoffen durften, werden wir als mit einem festen Faktor rechnen dürfen; es wird unsere eigene Aktion gewaltig erleichtern, wenn wir wissen, daß wir es in diesen Dingen nicht mit einem innerlich verfaulten, sondern einem achtbaren Gegner zu tun haben. Das wird es auch leichter machen, zu Ende zu führen, was begonnen wurde: Das völlige Verbot der ausländischen politischen Parteiorganisationen auf unserm Boden und die schärfere Kontrolle der Außenpolitik des Bundesrates. Das Allermindeste ist nun, daß wir vom Bundesrat konsequent die Aufhebung jener Organisationen verlangen, die heute unvergleichlich viel gefährlicher geworden sind als der verbotene Jesuitenorden, und daß wir an der Forderung der Schaffung einer parlamentarischen Kommission für auswärtige Angelegenheiten trotz aller Rabulistik des Herrn Motta festhalten.

Sind wir in diesen Fragen klar, dann versteht auch das Volk, daß wir unsern Anteil an der Regierung deswegen verlangen, weil es ein Programm durchzuführen, nicht, weil es einzelnen Personen zu dienen gilt. Wir werden in den Bundesrat nur einziehen können und von uns aus einziehen dürfen, weil ein Programm es verlangt, das im Volke Vertrauen findet, und weil wir die Partei sind, die dieses Programm logisch verfechten muß. Wird man uns dann den Eintritt verweigern, weil kurzsichtige Parteiherrschaft über die Notwendigkeiten des Landes gestellt wird, dann wird das Volk auch verstehen, daß wir nun ernst machen müssen mit der alten Forderung der Volkswahl des Bundesrates. Sie erhält nun ihre sittliche Berechtigung; und diese wird sie zum Siege tragen, wenn der Gedanke überhaupt einmal siegen soll.

Genf - Die Sozialisten an der Macht

Von Léon Nicole.

Am 9. November 1932 riefen die Genfer Faschisten mit Georges Oltramare als Führer zu einer öffentlichen Protestversammlung auf gegen die sozialistischen Nationalräte Jacques Dicker, Parteipräsident, und Léon Nicole, Chefredakteur des »Travail«.

Darauf beschlossen die Genfer Sozialdemokraten, ihre Mitglieder zur Teilnahme an dieser öffentlichen Versammlung aufzufordern.

Die Sozialisten und Kämpfer der Arbeiterorganisationen ärgerten sich über den Polizeikordon, der zur *Säuberung* der Teilnehmer an dieser öffentlich angekündigten Protestversammlung gegen Dicker und Nicole aufgeboten worden war. Es gab verschiedentlich ein unbedeutendes Gedränge, aber dann gab der Chef des Justiz- und Polizeidepartementes, Herr Frédéric Martin, einer in Bereitschaft gehaltenen Rekrutenschule Befehl zur Säuberung der Straße. Die jungen Leute